



Vierteljähriger Abonnementsspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 11 1/4 Gr. Einzelnsprecher für den Raum einer fünfziglichen Zeile in Zeitungsschrift 1 1/4 Gr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 364. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 7. August 1863.

Telegraphische Depeschen.

Petersburg, 6. Aug. [Ausführlichere Fassung der im Morgenblatte mitgetheilten Depesche.] Das „Journal de St. Petersbourg“ giebt den Wortlaut einer Depesche des Fürsten Gortschakoff an den Baron Budberg in Paris, enthaltend eine Erwiderung auf das Urtheil, welches der Minister Drouyn de Lhuys über die russische Antwort vom 13. Juli ausgesprochen hat. Der Fürst sagt:

1) Herr Drouyn de Lhuys scheint zu dem Schluß zu gelangen, daß in jener Antwort der Zweck liege, die sechs Punkte unter dem Schein der Zustimmung abzulehnen. Und doch weist die Antwort nach, daß die meisten der in den sechs Punkten begriffenen Maßregeln schon octroyirt waren, aber, weit entfernt das Königreich Polen zu beruhigen, gerade den Ausgangspunkt der Insurrection bildeten, indem die Agitatoren sich der Reformen bedienten, um das Land aufzuregen. Nachdem sie einmal die Hoffnung gefaßt hatten, mit Hilfe der Intervention des Auslands die vollständige Unabhängigkeit zu erreichen, konnten sie sich nicht zufrieden zeigen mit den liberalen Institutionen, zu denen die Regierung den Grund gelegt hatte. Wenn die Regierung des Kaisers nicht Unehrlichkeit und krumme Wege verschmähte, so hätte sich vielleicht in der kategorischen Annahme der sechs Artikel ein Beweis von Gewandtheit geben lassen. Aber wir haben in aller Loyalität sagen wollen, was wir denken: die sechs Punkte können eine praktische Lösung nur nach Wiederherstellung der Ordnung erhalten.

2) Herr Drouyn de Lhuys findet eine Anklage gegen die französische Regierung in der Behauptung, daß im Auslande eine permanente Verschwörung besthebe. Eine solche Absicht konnte uns nicht in den Sinn kommen. Wir sind überzeugt, daß diese Umtriebe von der französischen Regierung mit Bedauern gesehen worden sind; aber es bleibt wahr, daß sie trotzdem existieren, und daß Paris einer der Hauptherde ist, daß sie die Aufregung der Gemüther in dem Königreiche nähren und dem Aufstande materielle Hilfsmittel liefern. Die Depesche zeigt weitläufig auseinander, daß die polnische Bewegung von einer turbulenten Minorität gemacht sei, hebt hervor, daß Russland das Königreich Polen erst seit einem halben Jahrhundert besitzt, erinnert an die bereits getroffenen Maßregeln, die wenig von den durch die drei Mächte empfohlenen Grundzügen abweichen, und weist endlich den äußern Einfluß nach. Die Ansteller, heißt es weiter, haben nicht um liberaler Institutionen willen die Waffen ergriffen; sie haben laut erklärt, daß ihr Ziel allein die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 sei, und haben die Intervention fremder als die sichere Krönung des Unternehmens dargestellt. Die Sprache der westländischen Presse ist nicht derart gewesen, diese Ermutigungen herabzustimmen. Das ist der Grund, weshalb wir es ausgesprochen haben, daß der feste Glaube an ausländische Hilfe die Hauptursache der Ausdauer des Aufstands sei.

3) Wir bleiben bei dem, was wir über eine Einstellung der Feindseligkeiten bemerkten haben. Entweder müssen die Rebellen die Waffen niedergelegen, oder die Regierung muß aller Autorität absagen. Es ist unmöglich, die Frage, um die es sich handelt, die eigene Würde und die öffentliche Ordnung anders zu verstehen.

4) Auf den Vorschlag einer vorgängigen Konferenz der drei Höfe wurden wir geführt durch das der diplomatischen Action zum Grunde liegende Prinzip der Verträge von 1815. Die Ansicht, die

Herr Drouyn de Lhuys ausgesprochen, besticht uns in der Überzeugung, daß diese Frage in Schwierigkeiten geführt hat, weil sie nicht richtig gestellt war und weil gleich die ersten Schritte die Würde der Cabinets engagirten. Jener unjer Vorschlag war uns eingegangen von dem Verlangen nach Versöhnung. Wir bedauern die Beurtheilung, die er bei dem französischen Minister gefunden hat. Wir sind ebenso schmerzlich überrascht von dem Eindruck, den unsere Depesche vom 13. Juli im Ganzen auf ihn gemacht hat; weder Ironie noch Herausforderung, nur das Gefühl verlegter Würde konnte sich in dem Ausdruck unserer Gedanken zu erkennen geben.

Angesichts überhäufter Beschimpfungen konnten wir unmöglich die Gewalt des energischen Nationalgefühls verkennen. Die Regierung bemüht sich zu beruhigen, aufzuklären und den Ausbruch des tief getränkten öffentlichen Geistes in Schranken zu halten. Pflicht der Regierungen, Aufgabe der Diplomatie ist es, von der Geschäftsführung die Leidenschaftlichkeit fern zu halten, welche Verwicklungen erzeugt und zu einer Gefahr für den Frieden werden könnte. Wir haben das Bewußtsein, nichts vernachlässigt zu haben, um für eine Versöhnung zu wirken, und zu einer Verständigung zu gelangen, entsprechend den Beziehungen, die uns seit langer Zeit mit der Regierung des Kaisers Napoleon verbinden; aber wir möchten auch gern dieselben Dispositionen bei ihm voraussezogen. Unsere Aufgabe würde eine schwierige sein, wenn Frankreich verkenne sollte, was die mit Traditionen und Lebensinteressen des Reiches verwachsenen Volksgefühle uns mit Nothwendigkeit gebieten.

(Wolffs T. B.)

Bukarest, 5. August. Die von der walachischen Regierung gefangen gehaltenen Polen sind auf deren Kosten nach der Türkei eingeführt worden.

München, 6. August. Die „Bayrische Zeitung“ erklärt die Nachricht der „Isarzeitung“, daß Bayern einleitende Schritte gethan habe, Frankfurt als Ort für die Zollkonferenz in Vorschlag zu bringen, als jeder Begründung entbehrend.

Triest, 6. August. Nach Berichten aus Konstantinopel vom 1. d. M. sind die Gerüchte bezüglich eines in Folge von Meinungsverschiedenheiten zwischen Halil und Fuad Pascha stattgehabten Ministerwechsels offiziell dementirt worden. — Aus Athen wird vom 1. gemeldet, daß die Sitzungen der Nationalversammlung wegen Abreise vieler Deputirten suspendirt worden sind. Der dänische Gesandte ist im Piräus enthusiastisch empfangen worden.

Preussen.

Berlin, 6. Aug. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: dem Rittergutsbesitzer Grafen Gustav Otto v. Lützow auf Lucien hierselbst, die Kammerherrn-Würde; so wie dem Appellationsgerichtsrath Franz Ulrich in Frankfurt, und dem Appellationsgerichtsrath Fleßing zu Frankfurt bei seiner Versezung in den Ruhestand den Charakter als Geheimer Justizrat zu verleihen.

Se. Majestät der König haben allernächst geruht, den nachbenannten Offizieren und Mannschaften des 4. Westfälischen Infanterie-Regts. Nr. 17 die Erlaubnis zur Anlegung der von des Großenherzogs von Hessen und bei Rhein königlicher Hoheit ihnen verliehenen Orden und Ehrenzeichen zu ertheilen, und zwar:

des Commanderkreuzes zweiter Klasse des Ludwigsordens: dem Obersten und Commandeur v. Dewitz;

des Komthurkreuzes zweiter Klasse des Verdienst-Ordens Philipp des Großmütigen (mit Schwertern): dem Oberst-Lieutenant Werner und dem Major v. Kolinowski;

des Ritterkreuzes erster Klasse des Ludwigs-Ordens: den Hauptleuten und Compagnie-Chefs v. Rex und v. Kolinowski;

des Ritterkreuzes erster Klasse des Verdienst-Ordens Philipp des Großmütigen (mit Schwertern): dem Hauptmann und Compagnie-Chef Rogalla v. Bieberstein und dem Premier-Lieutenant Waldschmidt;

des Ritterkreuzes erster Klasse des Verdienst-Ordens Philipp des Großmütigen: dem Zahlmeister Schmidt;

des Ritterkreuzes zweiter Klasse des Ludwigs-Ordens: dem Hauptmann und Compagnie-Chef v. Sanig und dem Premier-Lieutenant Streckius;

des Ritterkreuzes zweiter Klasse des Verdienst-Ordens Philipp des Großmütigen (mit Schwertern): den Premier-Lieutnants Moldenhauer und v. Hagen;

des silbernen Kreuzes des Verdienst-Ordens Philipp des Großmütigen: dem Feldwebel Beck, dem Vice-Feldwebel Steller, dem Stabschutzenboisten Weissenborn und dem Hauptboisten Ulrich;

des allgemeinen Ehrenzeichens mit der Inschrift „Für Verdienst“: den Feldwebeln Lambert, Heimling, Wunderlich, Schikanowsky, Gerhardt, Wilke, Naurosch, Schnupkoten, Nowatny, Bauch und Gilgendorff, sowie dem Sergeanten Herbst. (St.-Anz.)

[Ihre Maj. die Königin] hat, wie aus Koblenz berichtet wird, die Fürstin von Wied mit Allerhöchstthrem Besuche auf Schloß Monrepos erfreut.

[Ihre königl. Hoh. der Prinz Albrecht (Sohn) und die Prinzessin Alexandrine] werden dem Vernehmen nach in der nächsten Woche von England wieder hier eintreffen.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz und Ihre königl. Hoheit die Kronprinzessin], sowie Höchstderen Kinder, sind von Putbus hier angekommen und haben Höchstselben sich nach Potsdam begeben.

[Personalien.] Se. Hoh. der Herzog Wilhelm von Mecklenburg reiste heute Morgen, von Doberan kommend, hier durch nach Brandenburg. — Der Fürst v. Obolenski, tschech. russ. Kammerherr, ist von Petersburg, und der Kaiserl. russ. General der Infanterie v. Mirkowitsch von Frankfurt a. M. hier angelommen. — Der regierende Graf zu Stolberg-Stolberg ist nach Heringendorf, der Prinz Gustav zu Hohenburg-Baldingen, Gesandter am Königl. hannoverischen Hofe, nach Hannover, der Wirtl. Geh. Rath und Ober-Jägermeister Graf v. d. Asseburg-Haldenstein nach Neisdorf, und der Kaiserl. russ. Gesandte am brasiliensischen Hofe, Frhr. v. Glinta, nach Dresden abgereist. Am 1. d. Mts. haben die Hofosman Ihrer Maj. der Königin, Gräfin Brandenburg und Gräfin Dohna, für die nächsten vier Monate den Dienst angetreten. — Der Kommandant von Berlin, General-Lieutenant v. Alvensleben I. hat eine Inspektionstreise zur Inspektion eines Theils der Gendarmerie in der Uckermark und in der Provinz Pommern angetreten. Gen. Major v. Canstein, Commandeur der 11. Infanterie-Brigade, hat inzwischen die Geschäfte der Kommandantur übernommen.

[Ablehnung des Handelsvertrages mit Belgien.] Der „Fr. P.-Z.“ entnehmen wir folgende Mittheilung: Die k. bayerische Regierung hat einen neuen, und zwar erstaunlichen Beweis davon gegeben, wie energisch sie auf dem Wege verharret, den sie in der handelspolitischen Frage betreten hat. Sie hat nämlich den in Berlin abgeschlossenen belgischen Handelsvertrag entschieden zurückgewiesen und gleichzeitig nach Brüssel mitgetheilt, daß sie sich die selbständige Sicherung der provisorischen Gleichstellung der Einfuhrzölle für bayerische Waaren mit den preußischen vorbehalte. Hieran knüpft die bayerische Regierung die freiwillige Zusage, daß man künftige Zollgesetze nicht mit Differentialzöllen zu Ungunsten Belgiens zulassen werde.

[Dem Juristentage] sind bis zum 31. d. Mts., an welchem Tage die Lizenzen für 1864 geschlossen wurden, über 500 neue Mitglieder beigetreten, so daß die Gesamtzahl derselben jetzt etwa 2600 beträgt. Die Theilnahme an den bevorstehenden mainzer Verhandlungen wird demnach voraussichtlich eine überaus zahlreiche sein, und das um so mehr, als die Beschlüsse über einzelne der zur Beratung stehenden Fragen (Todesstrafe, richterliches Prüfungrecht der Verfassungsmäßigkeit der Gesetze, Stellung der Staatsanwaltschaft und Freigabe der Abdolatur) bei der einflußreichen amtlichen Sitzung vieler Mitglieder der Versammlung von nicht unerheblicher praktischer Bedeutung sein dürften.

[Preußen in der polnischen Frage.] Die „B.- u. H.-Ztg.“ schreibt: Mittheilungen aus Wien, die uns von unterrichteter Seite zugehen, beruhen auf der Voraussetzung, daß die preußische Politik in nächster Zeit eine Position einnehmen werde, durch welche die aus der polnischen Angelegenheit hervorgegangene Krise eine für ihre Lösung entscheidende Wendung erhalten müsse. Wir haben schon kürzlich darauf aufmerksam gemacht, daß die preußische Regierung prinzipiell den Standpunkte der drei Interventionsmächte näher ist als dem des Petersburger Cabinets.

[Verwarnung.] Dem Verleger der „Anklamer Ztg.“ ist folgende Verwarnung zugegangen:

In dem ersten Artikel der Nr. 83 des laufenden Jahrganges der von Ihnen herausgegebenen „Anklamer Zeitung“ findet sich folgende Stelle: „Während man die Männer, welche auf Grund der Verfassung Rechte ausüben und wahrhaft constitutionell denken, verfolgt und als gefährlich bezeichnet, scheint es, als wenn dieseljenigen, welche sich außerhalb der Verfassung stellen und offen ihre Feindschaft dagegen äußern, das Glück der Straflosigkeit genießen.“ — In dieser Stelle, insbesondere in ihrem Schlusshäuse, ist eine Schmähung öffentlicher Behörden und das Bestreben zu finden, diejenigen dem Hause und der Bevölkerung auszuweisen. Der Ausspruch, daß Straflosigkeit gewährt werde, steht nach dem Sinne und Zusammenhang der vorhergehenden Worte voraus, daß nach Ansicht des Verfassers Strafe hätte eintreten sollen. Es liegt mitin in dieser Auseinandersetzung ein durch keine Thatachen begründeter Vorwurf der Pflicht-Verlegung. Dieser Vorwurf kann nur gegen öffentliche Behörden gerichtet sein, denn da nur solche über Straflosigkeit zu befinden haben, so könnten auch nur sie Straflosigkeit zu Theil werden lassen.

Die hierin erkennbare, die öffentliche Wohlfahrt gefährdende Haltung der von Ihnen herausgegebenen Zeitung hat sich bereits mehrfach und seit längerer Zeit fund gegeben, neuerdings auch noch wieder in Nr. 88 des laufenden Jahrganges.

Auf Grund der §§ 1 und 3 der Verordnung vom 1. Juni dieses Jahres, betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften, ertheile ich Ihnen daher hiermit eine Verwarnung.

Stettin, den 31. Juli 1863.

Der Regierung-Vize-Präsident.
In Vertretung Triest. Ober-Regierungs-Rath.
An den Verleger der „Anklamer Zeitung“
Herrn Gustav Rees Wohlgeboren zu Anklam.

Deutschland.

Weimar, 4. Aug. [Der Artikel im „Deutschland“, den den „Moniteur“ überzeigt hat, lautet, so weit er sich auf Österreich bezieht, wörtlich:]

Weimar, 24. Juli. Wenn Gortschakoff während der ganzen Dauer der diplomatischen Verhandlungen wegen Polens immer die Hoffnung näherte, es werde ihm mit Hilfe seiner politischen Schlaue gelingen, Österreich aus dem Bunde der Westmächte allmählich bei Seite und zu Russland hinüberzuziehen, und wenn Österreichs Haltung vielleicht auch manchem noch einen Zweifel an seiner Standhaftigkeit zu lassen schien, so geben jetzt die neuesten

telegraphischen Nachrichten aus Wien die vollständigste Gewissheit, daß Österreich, welches in der polnischen Angelegenheit von vornherein einen ehrenwerten Standpunkt beauptet und eine seiner Machtposition würdig vertreten hat, unbeirrt durch die ihm zunächst drohenden Gefahren der ungewissen Zukunft, sein Wort hält und dem einmal geschlossenen Bunde treu bleibt. Es bezeichnet gerade dieselbe Phase in der gegenwärtigen politischen Krise, ein Ereignis, welches der polnischen Sache neue Hoffnung gibt. Österreich war bis jetzt von den intervenierenden Mächten diejenige, welche mit zarterer Schonung und in dem vorsichtigen Tone Russland seine wohlmeinenden Vorschläge machte und die wenigste Lust zeigte, der diplomatischen Intervention nötigenfalls durch energischeres Auftreten einen thatkräftigen Nachdruck zu geben. Heute dagegen ist sein Standpunkt ganz entschiedener, und der Antwort Russlands an das wiener Cabinet werden wir es zu danken haben, daß Österreich zu seinem Vortheil und im Interesse der guten Sache sich mehr als je an die Gemeinschaft mit den Westmächten gesetzt fühlt. Ein lebendiges Zeugnis dieses Entschlusses gibt Reckberg in den beiden neuesten Depeschen, welche er in Folge der russischen Antwort sofort nach Paris und London an die Vertreter Österreichs gesandt hat. Wenden wir von hier den Blick hinüber nach Preußen, so u. s. w.

Aus dem Lipperischen, 3. Aug. [Fortschrittspartei.] Neuerdings ist wieder eine beträchtliche Anzahl Bewohner hiesigen Landes, namentlich aus dem Amt Derlinghausen, dem Programm der Fortschrittspartei beigetreten. Auffallend ist es, daß in der Residenzstadt Detmold, die sich den Sitz der Intelligenz so gern nennen läßt, bis jetzt das Programm so wenig öffentliche Bekinner gefunden hat. Die Hoffnung scheint dort etwas depriment zu wirken. Natürlich, wo das Bürgerthum eine geringe selbständige Existenz hat und zum großen Ganzen auf die Arbeiten am Hofe und dessen Anhänger angewiesen ist, wird man nicht einen Schritt thun, der dem Hofe mißfallen möchte. (Nth. 3.)

Hannover, 4. August. [Für die zweite Kammer] haben nun auch die ostfriesischen Wahlmannswahlen auf dem Lande stattgefunden und verheißen Deputierte der Fortschrittspartei. Von den geistlichen Wahlen zur zweiten Kammer ist nur eine auf einen Geistlichen gefallen, den Consistorialrat und Generalsuperintendenten des Fürstenthums Hildesheim Dr. Tewe; die im Bremischen ic. fiel auf den der gläubigen Richtung zugethanen Regierungs-Assessor Lohmann, Referenten im Cultusministerium.

Kleinstadt, 2. August. [Aus der Ständeversammlung.] In früherer Zeit pflegte sofort bei Eröffnung der Ständeversammlung den Mitgliedern eine königliche Botschaft zugestellt zu werden, in welcher den Ständen auf die in der letzten Diät beschlossenen Anträge, Beschwerden u. s. w. seitens der Regierung Bescheid ertheilt wurde. Bei der diesmaligen Eröffnung der schleswig-holsteinischen Ständeversammlung wurde diese königliche Botschaft vermifft; diefelbe ist indefin, wie wir nachträglich in Erfahrung bringen, in der Sitzung vom 30. Juli den anwesenden Mitgliedern unter den Druckfischen zugegangen. Sie enthält die Entschließungen der Regierung auf die von den Ständen in der Diät von 1860 beschlossenen Anträge. Wie bekannt, versucht die deutsche Majorität in der vorigen Diät, die wichtigsten Klagen und Beschwerden in jener Adress an den König zusammenzufassen, die, von 26 Mitgliedern unterzeichnet, am 12. Februar eingebracht wurde; die Regierung verbot indes nicht blos die Behandlung dieser Adress, sondern beauftragte sogar ihre Beamten, selbst gegen die Abgeordneten wegen Verbratung derselben eine Kriminaluntersuchung einzuleiten. Natürlich ist daher auf diese Adressen in der königlichen Botschaft keine Rücksicht genommen. Von den anderweitigen in der vorigen Diät eingebrachten politischen Anträgen hat der damalige Präsident, Propst Ozen, die wichtigsten nicht zur Schlusshandlung gelangen lassen. Es waren darunter folgende: auf Anfrage gegen den Minister für Schleswig, Wohlgarten, wegen Verfassungsbrüchen durch eigenmäßige Ausfertigung neuer außerordentlicher, von den Ständen 1857 ausdrücklich abgewiesener Steuern; auf Anfrage gegen den früheren Minister für Schleswig-Holstein, wegen Erläuterung verschiedener Verordnungen und wegen Niedersetzung einer Kommission zur Untersuchung, wie weit schleswigische Abgaben der Gesamtstaatskasse zufallen (von Thomsen-Oldenswort); auf Einführung der Preßfreiheit; auf Wiederherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts; auf Aufhebung der Bestimmung vom 17. September 1852, betreffend die Einführung eines neuen, mit den Einrichtungen auf der Universität Kiel nicht übereinstimmenden Schuljahrs (von Graf Eduard Baubissin); ferner wegen Aufhebung der Resolution vom 17. Oktober 1857, betreffend die Errichtung einer dänischen Gemeinde in der Stadt Schleswig; Aufhebung des Verbots von Vereinen, insbesondere des Verbots von Pensionsvereinen für Volksschullehrer; Aufhebung der Verfassung, betreffend die Einführung der dänischen Schreibart der Ortsnamen und Aufhebung der Hindernisse, die der Bestimmung der schleswig-holsteinischen Domäne, ein rein deutsches Institut zu sein, in den Weg gelegt werden (von Hansen-Grumbey) und endlich der sehr wichtige Antrag von Rumohr auf Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen, wonach Niemand im Herzogthum Schleswig im Civil- oder geistlichen Dienst angestellt werden soll, der nicht 2 Jahre auf der Universität Kiel studirt hat. Auf die übrigen 1860 beschlossenen Anträge ist nunmehr seitens der Regierung Bescheid ergangen. Durch denselben werden namentlich diejenigen Anträge, welche auf Veränderung des Drucks, der auf der deutschen Bevölkerung lastet, abzielen, fast sämmtlich abgewiesen. Unter den zurükgewiesenen Anträgen befindet sich namentlich der auf Aufhebung der Sprachrechte, desgleichen der auf Aufhebung des Verbots der Bibelgesellschaft für Schleswig und Holstein, der Vereine für vaterländische Geschichte, für Sammlungen vaterländischer Alterthümer u. s. w. (Nat. 3.)

Oesterreich.

Wien, 6. Aug. [Bur Bundesreform.] Das telegraphisch gemeldete Communiqué der amtlichen „Wiener Ztg.“ lautet wörtlich: Se. k. k. apostolische Majestät haben an sämtliche Souveräne des deutschen Bundes, sowie an die Senate der vier freien Städte mittelst allerhöchsten Handschreibens ddo. Wien 31. Juli die Einladung gerichtet, in einer Versammlung, zu welcher die deutschen Verbündeten Sr. Majestät sich in Person vereinigen würden, die

des Großherzogs von Toskana eine Haussuchung vorgenommen und die päpstliche Regierung demselben in Folge dessen seine Pässe gegeben habe, wird offiziell für falsch und erfunden erklärt; ebenso die Nachricht der „Discussions“, daß sich der Gesandte durch die Flucht einem Haftbefehl entzogen habe. Marchese Bargagli befindet sich seit einigen Tagen in Urlaub, und steht in den besten Beziehungen mit Rom.

(Allg. 3.)

Palermo. 28. Juli. [Metna.] Nachdem der Aetna einige Tage lang geschwungen, brach die Eruption des Kraters mit erneuter Heftigkeit los. Catania ist furchtbar mit Asche bedeckt. Der Feuerstrom ist bis zum Easino der Engländer in dortiger Stadt gedrungen, hat dasselbe gänzlich verbrannt und vieles Material zerstört, das in der Nähe aufgebaut war, um zu den vom Prinzen Humbert angeordneten Reparaturen am Easino zu dienen. Seit zwei Tagen hört man ein gewaltiges Tohren aus dem Innern des Berges und Nächts ist Catania von den Feuersäulen erhellt, die aus dem Berge aufsteigen und eine Flut von Lava über die Gegend senden.

N u s t a n d .

U n r u h e n i n P o l e n .

Königsberg. 3. Aug. [Bustände in Litthauen.] Soeben bin ich aus Wilna und dessen Nachbarschaft zurückgekehrt. Die Eindrücke, die sich mir unwillkürlich aufdrängten, sind schmerlich. Wie sollte man auch andere dort erwarten, wo Murawieff der Dolmetscher, der durch alle Wechsel sich stets treu bleibenden moskowitischen Politik ist. Die Lage in Litthauen nimmt täglich einen traurigeren und drohenderen Charakter an. Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Die Gefängnisse in Wilna und Kowno reichen nicht mehr aus, die Opfer zu beherbergen; selbst Klöster und Privathäuser, die ihren rechtmäßigen Eigentümern entstehen und in Gefängnisse umgewandelt sind, sind überfüllt. In einigen Kreisen sind fast alle Grundbesitzer gefangen eingezogen, wie z. B. im Kreise von Troki, wo nur noch sieben übrig geblieben sind. Zahlreich sind die Hinrichtungen und in noch größerem Maßstabe erfolgen Transporte nach Sibirien. Der Terrorismus Murawieff's, der es hauptsächlich auf die Grundbesitzer und den kleinen Adel abgesehen hat, hat dennoch nur geringen Einfluß auf das Landvolk ausgeübt. Trotz aller Einflüsterungen der Regierung ist es nicht gewillt, Henkerdienste zu verrichten, zumal der Aufstand ihm Freiheit, Eigenthum und die Union verheißt, welche ungeachtet anhaltender Verfolgung und gewaltfamer Einführung des Schismas dennoch in den Herzen fortlebt. In einigen Gegenden hat sich der ganze Bauernstand dem Aufstand angeschlossen. So befinden sich z. B. im Kownoischen 5000 Bauern in den Reihen der Insurgenten. — Gegen den Aufstand erhoben sich auf Murawieff's Befehl besonders die sogenannten Burlaten oder Roskolniken, die ziemlich zahlreich in der Gegend von Janow (Gubernium Kowno) angesiedelt sind. Man bildet aus ihnen eine Bande von mehr als 400 Leuten, deren täglicher Sold aus 15 Kopeken und 3 Pfund Brodt besteht; außerdem sind sie auf Murawieff's ausdrücklichen Befehl von allen Befreiungen befreit worden, die sie kontraktlich mit ihren Brodtherren eingegangen. Diese Bande darf nach Willkür verfahren, für ihr Thun ist sie Niemand verantwortlich. Wer ihr verdächtig erscheint, dessen Wohnung darf sie durchsuchen, dessen bewegliches Eigenthum an sich reißen, Wohn- und Wirtschaftsgebäude verbrennen und den Besitzer der nächsten Militärbehörde ausliefern. Mit solcher Befugniß versehen und mit Gewehren, Piken und Säbeln ausgerüstet, begannen die Roskolniken zuerst diejenigen Besitzer heimzusuchen, auf deren Grund und Boden sie saßen und gegen welche sie irgend einen gerechtsamten oder ungerechtsamten persönlichen Groll hegten. Jergend ein Vorwand genügt ihnen, eine Revision anzustellen, d. h. zu plündern. Bei solchen Gelegenheiten über sie beliebige Torturen, legen Geldkontributionen nach Gutdunken auf, und wenn diese nicht sogleich entrichtet werden, so verhaften sie den Besitzer und seine Dienerschaft und übergeben sie als „Rebellen“ den nächsten Behörden. Die Regierung wirft dann die Angeklagten ins Gefängnis, vertheilt Getreide, Herden, Pferde u. und giebt das ganze Besitzthum den Bauern des Eingekehrten in Pacht oder einem Roskolnik zur Verwaltung. Die Familie des Angeklagten aber wird von Haus und Hof vertrieben und dem Elend preisgegeben. Bielen, die auf solche Art in die Hände der Roskolniks fallen, gelingt es, sich loszukaufen, da dieselben gern darauf einzugehen pflegen, indem sie nach Maßstab der Wohlhabenheit 50 bis 400 Rubel für jede Person fordern. Ist man mit den Roskolniken über die Höhe des Preises einig geworden, so ist es durchaus nötig, ihnen noch ein „Teufel“ auszurichten und sie großhartig zu bewirthen. Erst dann wird der Gefangene vollständig freigegeben. Doch einige Tage später erscheint vielleicht eine andere Bande mit ganz denselben Anschuldigungen und Forderungen; auf's Neue wird der unglückliche Besitzer gebunden, gemischt und nach langem Handeln endlich gegen eine weitere Geldsumme freigegeben. Manche, die diesen Gewaltthaten aus dem Wege gehen wollten, bemühten sich um die Erlaubniß der Regierung, in der Stadt wohnen zu dürfen; doch Murawieff, dessen Streben dahin geht, das polnische Element in Litthauen völlig zu vernichten, begriff bald diese Absicht und verwies die in der Stadt ihr Leben vor Nord schützenden Grundbesitzer wieder auf das Land. Wer unter irgend einem Vorwande dennoch in der Stadt bleibt, hat gleichfalls zu gewärtigen, daß seine Güter niedergebrannt und verwüstet werden, da Grund genug dazu vorhanden ist, wenn zufällig Insurgenten ihren Weg durch ein Gut nehmen oder in der Nähe derselben mit russischen Truppen sich schlagen. Diesem Schicksal erlag das Besitzthum der Edelleute Tanski, Römer und anderer im Kreise Troki, obwohl Römer wegen Krankheit nicht im Stande war, Wilna zu verlassen. Ähnlich wie die Roskolniks mißhandeln die russischen Truppen das unglückliche Land. Adel, Hofgefinde und Bauern werden mit Knutenschlägen zu sie selbst compromittierenden Aussagen gezwungen. So erging es im Kreise Rosolnits dem Edelmann Ruseck und im Kreise Troki dem Edelmann Bogdanowicz, welche beide in ihrer eigenen Wohnung in solcher Weise mißhandelt wurden, daß ihr Leben noch heute ernstlich bedroht ist; der erstere von ihnen erhielt 150, der zweite 200 Knutenschläge. Dieselbe Mißhandlung erlitten mehrere Dorfschulzen (wojt), von denen einer bereits in Folge dieser barbarischen Behandlung gestorben ist. — Dies ist Murawieff's Wirken in Litthauen. Doch noch Schrecklicheres droht den dorfigen Polen, wenn eine bewaffnete Intervention eintreten sollte. Wenn dies geschieht, soll ganz Litthauen wie eine Fackel lohen, sind Murawieff's eigene Worte, und er ist der Mann dazu, Wort zu halten.

(Nat. 3.)

F r a n k r e i c h .

Paris. 4. Aug. [Semainever. — Der Sultan.] „La France“ sagt: „Man versichert, daß mehrere fremde Offiziere um die Ernährung nachgesucht und sie erhalten haben, um ihrer eigenen Belehrung willen, den Versuchen mit den Panzerschiffen beizuwollen, die Anfang September in Cherbourg vorgenommen werden sollen.“ — Dasselbe Blatt versichert, während französische Journale sich aus Konstantinopel die Nachricht mittheilen ließen, der Sultan sei ernstlich frank, wisse es in Folge der ihm zugegangenen Nachrichten, daß die Gesundheit des Sultans nie besser gewesen sei, als jetzt und daß er sich mit der größten Thätigkeit mit den Angelegenheiten seines Reiches beschäftige.

[Gegen die Clericalen.] Der Justiz- und Kultusminister Barthé hat durch Rundschreiben vom 1. d., welches der „Moniteur“

heute veröffentlicht, die Erzbischöfe und Bischöfe des katholischen Kultus, so wie die Vorstände der anderen christlichen Konfessionen und der israelitischen Gemeinde ersucht, den 15. August gottesdienstlich zu feiern und dabei der göttlichen Vorsehung „für die neuesten Siege unserer Soldaten zu danken, welche jenseit des Oceans die Sache der Civilisation, die Interessen der katholischen Religion und die Ehre unserer Fahne edel vertreten.“

G r o ß b r i t a n n i e n .

London. 4. Aug. [Die Situation] hat sich um Einiges geändert. Man scheint hier mehr Hoffnung auf Russlands Nachgiebigkeit zu setzen und will aus diesem Grunde weder eine Collectiv-Note noch identische Noten, sondern Separat-Noten mit einer identischen Schlussfolgerung nach Petersburg schicken. Die drei Mächte beharren bei ihren Forderungen, sie verlangen wiederholt die Gewährung der sechs Punkte, die Conferenz und den Waffenstillstand, indem sie Russland zugleich darauf aufmerksam machen, daß die Verantwortlichkeit der Folgen einer neuen Weigerung auf dieses zurückfallen müsse. England und Österreich haben Frankreich, um dieses für die Fortsetzung der Unterhandlungen zu gewinnen, erklärt, daß sie die Eventualität eines Krieges mit Russland durchaus nicht absolut zurückweisen, daß sie aber vorher alle Anstrengungen erprobten wollen, Russland auf friedlichem Wege zur Annahme der europäischen Vorschläge zu bestimmen. Man glaubt, daß nach der Rückkehr des Kaisers aus Wladiwostok gegenüber befolgte Politik eine energischere Färbung annehmen werde. (R. 3.)

[Newstead-Abbey.] — Neuwahl. Es heißt, der Prinz von Wales habe Newstead-Abbey, das frühere Besitzthum Lord Byrons, angekauft. — In Pontefract, dessen parlamentarische Vertretung durch die Erhebung des Herrn Monckton Milnes zum Peer (Lord Houghton) erledigt worden ist, wurde gestern ohne Opposition der Major Waterhouse gewählt. Dadurch geht der Wahlstetzen, welcher seit langen Jahren liberal vertreten war, in die Hände der Conservativen über.

London. 4. August. [Reise der Königin.] Gestern begannen in Woolwich die Vorbereitungen für die Einschiffung der Königin. Der Landplatz soll blos mit Tepichen belegt und einfach, wie für die Einschiffung einer vornehmen Person geordnet werden, da es der Wunsch Ihrer Majestät ist, wie bei der letzten Gelegenheit, auf jedes Ceremoniell zu verzichten.

Lynn. 4. August. [Eisenbahn-Unfall.] Auf der neuen Lynn- und Hunstanton-Eisenbahn hat sich gestern Abend ein schrecklicher Unfall ereignet. Ein Excursionszug, der aus 15 gut besetzten Wagons bestand, verließ gegen 8 Uhr Hunstanton, um nach Lynn und Wisbeach zu fahren, und als der Zug bei der Station Wootton vorbei und noch zwei Meilen von Lynn war, stieß er auf einen jungen Ochsen, der auf die Eisenbahn gerathen war. Vier Wagons wurden von den Schienen geworfen und 5 Personen getötet, 3 schwer und andere leicht verwundet.

S p a n i e n .

Madrid. 3. Aug. Nach einem hier umlaufenden Gerücht hat das Ministerium die Absicht, am 15. August die Kammer aufzulösen.

O s m a n i s c h e s R e i c h .

Konstantinopel. 2. August. Der frankfurter „Europe“ wird telegraphiert: Auf dem russischen Kriegsschiffe, welches die Tscherkassen gekapert haben, befanden sich 19 Soldaten und ein Offizier. Aleppo ist von den Heuschreckenschwärmen überfallen worden, welche die ganze Ernte verwüstet und die Wasser-Canäle der Stadt buchstäblich verstopt haben, so daß, wenn deren Reinigung nicht schleunigst erfolgt, schwere Krankheiten auszubrechen drohen. Im „Journal de Constantinople“ stellt Sadik Pascha, der sich bei dieser Gelegenheit seines Negativthums röhmt, mit ziemlich zweideutigen Worten seine Beihilfung an dem Milkowski'schen Freisaarenzuge nach Rumänien in Abrede.

Breslau. 7. Aug. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Reisefestraße Nr. 2 eine Kiste mit Watte; auf dem Neubau große Feldgasse Nr. 7h ein schwarzer Tuchrock mit schwarzen Zunge gefüttert, ein Paar duntelsartene Butschkin-Hosen und eine dergleichen Weste, ein Cigarren-Güts mit einigen Briefen und Visitenkarten und ein Portemonnaie, in welchem sich 11 Sgr. und zwei Schlüssel befanden; Albrechtsstraße Nr. 33 eine silberne Cylinder-Uhr mit chisellirter Rückseite (zwei Tauben und einen Kranz darstellend), eine silberne Panzerette nebst goldener Kapsel und ein goldener Siegelring, gezeichnet S. K.

Berloren wurde: ein aus zehn Schnüren Granaten geflochtenes Armband mit datulatgoldinem Schlüssel.

Angelommen: Fürst Lichnowski aus Krizanowitz. Seine Durchlaucht Ferdinand Prinz v. Schönaiach-Carolath aus Mellendorf. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 6 Grd. in Pacific-Linen, die Temperatur der Luft nach Réaumur.	Ba-rometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 6. Aug. 10 U. Ab.	332,54	+14,6	W. 2.	Trübe.
7. Aug. 6 U. Mrg.	332,31	+15,0	W. 1.	Trübe.

Breslau, 7. Aug. [Wasserstand.] O.-P. 12 J. — 3. U.-P. — 3. J. 3.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris. 6. August, Nachm. 3 Uhr. Die 3pt. eröffnete bei großer Geschäftsstille zu 67, 85, fiel auf 67, 65, stieg sodann auf 67, 95 und schloß träge zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93½ eingetroffen. Schluß-Course: 3pro. Rente 67, 75. Italien. 3pro. Rente 72, 25. Ital. neueste Anleihe 72, 40. 3pro. Spanier 51. 1pro. Spanier 47, 50. Oesterr. Staats-Eigenb.-Aktien 431, 25. Creditmobilier-Aktien 1117, 50. Lomb. Eisenb.-Aktien 555, —.

London. 6. August, Nachm. 3 Uhr. Silber 61. Türkische Consols 48½. Tribes Wetter. Consols 93½ pro Septbr. 1pro. Spanier 47½. Meritaner 36 ¾. 3pro. Russen 93½. Sarinier 89.

Wien. 6. August, Nachm. 12 Uhr 30 M. Börsen still, aber fest. 3pro.

Metalliques 76, 20. 4½ pro. Metalliques 68, 80. 1854er Loose 96, 25. Bant-Aktien 796, —. Nordbahn 171, 70. National-Anlehen 82, —. Credit-Aktien 191, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 192, —. London 112, 35. Hamburg 84, —. Paris 44, 50. Gold —. Böhmisches Weitbahnh 163, 75. Neue Loose 134, 80. 1860er Loose 101, 65. Lomb. Eisenbahn 250, —.

Frankfurt a. M., 6. August, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Oesterreichische Effetten bei belebtem Geschäft im Allgemeinen beliebter und höher. Böhmisches Weitbahnh 72%. Finnlandische Anleihe 90. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Berbach 143%. Wiener Wechsel 104. Darmstädter Bank-Aktien 234. Darmstädter Betzel-Bant 255. 5prozentige Metalliques 66%. 4½ pro. Metalliques 59%. 1854er Loose 84%. Oesterreichische National-Akt. 71%. Oesterr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 201. Oesterreichische Bankanteile 82%. Oesterr. Credit-Aktien 199. Neueste österreichische Anleihe 90%. Oesterr. Elisabetbahn 123%. Rhein-Nahebahn 29%. Hessische Ludwigsbahn 127.

Hamburg. 6. Aug., Nachm. 2 Uhr 30 M. Matte Stimmung. Magdeburg-Wittenberg zu 67½—67 begeht. Finn. Anleihe 88%. Wetter warm, doch Regen drohend. — Schluß-Course: National-Anleihe 72½. Oesterreich. Credit-Aktien 84%. Vereinsbank 104%. Nordb. Bank 105%. Rheinische 100%. Nordb. 63%. Disconto 2½.

Hamburg. 6. August. [Getredemarft.] Weizen loco rubig, ab auswärts unverändert. Roggen loco rubig, matt, Osten stan, ab Danzig und preuß. Ostseehäfen September-Oktober zu 73—74 Thlr. offerirt. Oel Oktober 27%, Mai 27%—27%. Käse wird fest gehalten; Umjäze von einem Belang fanden jedoch nicht statt. Zink ohne Umsatz.

Liverpool. 6. August. [Baumwolle.] 4000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

Berlin. 6. August. Die Börse fand in den höheren pariser Notierungen des gestrigen Tages eine Art Röthigung, es nachzumachen, doch zeigte sich bald das Forcierte dieser Häusse und schließlich ging wieder der größte Theil derselben verloren. Dies gilt namentlich von den österreich. Papieren,

die abermals an der Spitze des Geschäfts standen. Eine Depesche aus Paris sprach wieder von Ministerveränderungen und ließ matthe Course von dort vermuten; aus Wien telegraphirte man Vormittags Credit 192, 70, 191, 80, 192, 30, National 81, 90, Loos 101, 80—75—102, Weitbahnh 162, 75, London 112, 40, geschäftlos, Anfangs fest, dann matt, später wieder feiter. Breslau meldete: Credit 85%, Loos 90%, Oberschl. 159½, Freiburger 137½, Kojele. Die Nachrichten über den deutschen Fürsten-Convent und die beabsichtigte Bundesreform blieb ohne erkennbaren Einfluß auf die Börse, indem man überfah, daß es sich, in den Consequenzen, dabei um mehr als eine bloß innere Frage Deutschlands handle. Eisenbahnen behaupteten sich gut, einzelne, wie Oberlehrer, Rheinische und Stargard-Pozener waren selbst belebter als sonst. Von Bank und Credit-Actien hatte die Speculation Meininger wieder künftlich angeregt, und bot man zum Schluß über Notiz. Preuß. Kons. Pfands. Rentenbriefe und Prioritäten zeigten sich fest, aber still. Vom Geldmarkte ist keine wesentliche Veränderung zu berichten. (B. u. H.-B.)

Berliner Börse vom 6. August 1863.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Akt. 14½ 102 G.

Staats-Anl. von 1859 3½ 107 bz.

dito 1850 52½ 99 R.

dito 1854 1½ 102 bz.

dito 1855 4½ 102 bz.

dito 1856 4½ 102 bz.

dito 1857 4½ 102 bz.

dito 1858 4½ 102 bz.

dito 1859 4½ 99 bz.

dito 1860 4½ 102 bz.

dito 1861 4½ 102 bz.

dito 1862 4½ 102 bz.

dito 1863 4½ 102 bz.

dito 1864 4½ 102 bz.

dito 1865 4½ 102 bz.

dito 1866 4½ 102 bz.

dito 1867 4½ 102 bz.